

Maximalversorgung und gebündelte Spezialisierungen an den großen Zentren, eine Differenzierung von Krankenhäusern nach einem Stufenmodell, regionale Versorgungsnetzwerke, die digitale Patientenakte bis 2025, mehr Geld für Spitzenmedizin, Reform der Pflege: Das sind nur einige Punkte der „Frankfurter Erklärung“, auf die sich mehr als 30 Verantwortliche deutscher Kliniken und Klinikverbände unterschiedlicher Trägerschaft beim „mtTalk“ vergangene Woche in Frankfurt geeinigt haben. Schirmherr war Clemens Maurer, Sprecher der Geschäftsführung des Klinikums Darmstadt.

Der mtTalk ist ein regelmäßig stattfindender Austausch zwischen Kliniken und Herstellern von Medizintechnik und wird von der auf Beratung im Gesundheitswesen spezialisierten Lenus GmbH aus Frankfurt veranstaltet. Das 16-seitige Papier enthält Vorschläge für weitreichende Veränderungen im deutschen Gesundheitswesen und soll nun als Diskussionsgrundlage der Politik vorgelegt werden. Insgesamt ein „dickes politisches Brett“, wie Jens Scholz, Vorstandsvorsitzender des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein, sagt: „Es braucht politischen Mut, das in die Tat umzusetzen“. Einige zentrale Punkte im Überblick:

Digitalisierung: Die digitale Patientenakte, mehr Austausch von Daten zwischen Fachrichtungen, Praxen und Kliniken – all das wird seit Jahren diskutiert und von den Verantwortlichen im Gesundheitswesen gemeinhin als wünschenswert erachtet. Und doch hinkt man in Deutschland international hinterher. Andere Länder wie die Niederlande oder Belgien und insbesondere die baltischen Staaten, seien viel weiter, erklärt Scholz. Zwar sei die Digitalisierung durch die Pandemie vorangekommen, sagt der Mediziner und führt als Beispiel Videosprechstunden auf, die viele Praxen angeboten haben. Doch insgesamt biete sich das Bild eines „Flickwerks“.

So hätte die Pflicht für Arztpraxen und Krankenhäuser, elektronische Rezepte auszustellen, eigentlich bereits zum 1. Januar 2022 kommen sollen. Stattdessen hat die Gematik, die Nationale Agentur für digitale Medizin, jetzt einen Stufenplan und die Einführung bis Frühjahr 2023 beschlossen. Apotheken müssen allerdings schon ab September dieses Jahres in der Lage sein, E-Rezepte einzulösen.

Das elektronische Rezept ist ein Mosaikstein der Digitalisierung im Gesundheitswesen, ein weiterer die elektronische Patientenakte. In der „Frankfurter Erklärung“ ist als Zeithorizont das Jahr 2025 angepeilt. Dann soll idealerweise die gesamte Dokumentation in einer solchen Akte erfolgen. Bis dahin, so Scholz, sei indes „noch eine Menge zu klären“. Ein wichtiges Thema ist insbesondere auch der Schutz der hochsensiblen Gesundheitsdaten der Patientinnen und Patienten. Deshalb, so heißt es in der Frankfurter Erklärung, solle ein „Datennutzungsgesetz“ auf den Weg gebracht werden.



Nur noch große Hospitäler sollen künftig umfassende medizinische Spezialleistungen bieten.

GETTY

Weniger Krankenhäuser mit Rundumversorgung?

Verantwortliche deutscher Kliniken erarbeiten ein Konzept für eine Umstrukturierung im Gesundheitswesen / Von Pamela Dörhöfer

Krankenhäuser: In Deutschland gibt es derzeit rund 1900 Krankenhäuser mit knapp einer halben Million Betten. Vor allem in Ballungsgebieten finden sich häufig mehrere Häuser mit ähnlicher Spezialisierung, während die Menschen auf dem Land oft lange Wege bis zur nächsten Klinik zurücklegen müssen. Ein Kernpunkt der „Frankfurter Erklärung“ lautet hier: „Parallelstrukturen“ abbauen, wie Martin Schröter, Geschäftsführer der Lenus GmbH, sagt. Konkret bedeutet das, dass Krankenhäuser künftig wie auch im Koalitionsvertrag vorgesehen nach einem Modell mit fünf bundesweit einheitlichen Versorgungsstufen differenziert werden sollen. Die Gesellschaft solle sich „vom Gedanken verabschieden“, dass jedes Krankenhaus Rundumversorgung biete, heißt es in der „Frankfurter Erklärung“.

Stattdessen sollen regionale Netzwerke gebildet werden, in deren Zentrum die großen Kliniken stehen. Nur noch sie sollen künftig die Maximalversorgung – alles vom Notfall bis zur Geburtshilfe unter einem Dach – vorhalten. In diesen großen Häusern sollen zugleich umfassende medizinische Spezialleistungen gebündelt werden, sagt Axel Ekkernkamp, Geschäftsführer des Unfallkrankenhauses Berlin, in kleineren Häusern dagegen nur Teile davon. In der Praxis könnte das so aussehen, dass aus mehreren Kliniken mit ähnlichen An-

geboten Behandlungszentren für bestimmte Fachrichtungen werden. Ein kleines Krankenhaus mit bisher etlichen Abteilungen könnte dann zum Beispiel in eine Hautklinik oder eine Klinik mit dem Schwerpunkt Wirbelsäule umgewandelt werden, erläutert Martin Schröter.

Klar scheint bei diesem Modell auch, dass nicht alle Krankenhäuser erhalten bleiben. Jens Schick, Mitglied im Vorstand der Sana Kliniken AG, spricht von einer „Bereinigung“, die es vor allem in den Ballungsräumen geben werde. In ländlichen Gebieten sollten ambulante und stationäre Strukturen besser vernetzt werden. Es gelte weiterhin, dass das nächste Krankenhaus innerhalb von 30 Minuten Fahrzeit zu erreichen sein muss, betont Axel Ekkernkamp. „Ziel ist es, auch in der Fläche eine ordentliche Versorgung zu bieten – aber anders, als wir es heute haben.“

Erhoffte Effekte sind neben einer besseren Qualität der Versorgung auch der Abbau von Fehlanreizen, „möglichst viele Fälle zu bearbeiten“ oder Patientenzahlen durch „unnötige Spezialisierungen“ zu erhöhen, sowie eine „deutliche“ Vereinfachung der Abläufe zwischen Krankenhaus und Krankenkassen.

Spitzenmedizin: Eine gute Versorgung ist freilich nicht allein von der Struktur der Krankenhäuser abhängig, sondern wesentlich von der medizinischen

Qualität. Nach Ansicht der Verfasserinnen und Verfasser der „Frankfurter Erklärung“ wird Spitzenmedizin in Deutschland bisher nicht ausreichend finanziert. Auch hier setzt man auf Zentrierung: Spitzenmedizin solle sowohl regional als auch fachlich konzentriert angesiedelt werden. Um eine „hochspezialisierte Infrastruktur“ aufzubauen, reichen pauschale und fallabhängige Finanzierungen nicht aus; es bräuchte vielmehr „Vorhaltepauschalen“ und „leistungsorientierte Fördermittel“.

Änderungsbedarf wird auch im Hinblick darauf gesehen, Patientinnen und Patienten Zugang zu den neuesten Arzneimitteln und Medizinprodukten zu verschaffen. Das jetzige System verzögere diesen um bis zu ein Jahr durch fehlende Finanzierung.

Fachkräftemangel und Reform der Pflege: Was die Pflege angeht, will man bei der Ausbildung ansetzen und diese „professionalisieren“ und „modernisieren“. Im Berufsalltag solle die Kompetenz des Personals je nach Qualifikation „klar definiert“ werden sowie Leiharbeit bei medizinischem Personal verboten sein. Um die Arbeit im Krankenhaus attraktiver zu machen, sollten Strukturen geschaffen werden, die es ermöglichen, Beruf und Familie besser zu vereinbaren – etwa verlässliche Dienstpläne, Kinderbetreuung und mehr Flexibilität beim Thema Teilzeit.

Klimawandel lässt Alpen ergrünen

Studie stellt massive Veränderungen fest

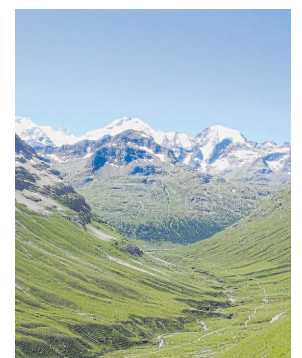
Die Alpen werden einer Studie zufolge wegen des Klimawandels immer grüner. Die Vegetation habe oberhalb der Baumgrenze in fast 80 Prozent der Alpen zugenommen, schreiben Forschende der Universitäten von Lausanne und Basel in der Fachzeitschrift „Science“. Wie die Auswertung von Satellitenbildern aus den Jahren 1984 bis 2021 weiter zeige, nahm zugleich die Fläche der Schneedecke ab – wenn auch bisher nur leicht.

„Das Ausmaß der Veränderung hat sich in den Alpen als absolut massiv herausgestellt“, sagt Sabine Rumpf von der Universität Basel. Pflanzen besiedelten neue Gebiete und die Vegetation werde generell dichter und höher. Die Zunahme der pflanzlichen Biomasse gehe auf veränderte Niederschläge und längere Vegetationsperioden infolge steigender Temperaturen zurück.

Dieser Effekt könnte die spezielle Alpenflora bedrohen. „Alpenpflanzen sind an raue Bedingungen angepasst, aber nicht sehr konkurrenzfähig“, sagt Rumpf. Wenn sich die Umweltbedingungen änderten, würden diese spezialisierten Arten ihren Vorteil verlieren und verdrängt. „Die einzigartige Biodiversität der Alpen steht daher unter erheblichem Druck“, so die Forscherin weiter.

Im Gegensatz zur Vegetation hat sich laut Studie die Schneedecke oberhalb der Baumgrenze seit 1984 nur geringfügig verändert. Die jeweilige Schneehöhe ließe sich anhand der Satellitenbilder aber nicht genau feststellen, hieß es. Jedenfalls würden sich die Alpen mit der Erderwärmung immer mehr von Weiß zu Grün verfärben.

„Grünere Berge reflektieren weniger Sonnenlicht und führen daher zu einer weiteren Erwärmung – und damit zu einer weiteren Schrumpfung der reflektierenden Schneedecke“, erläutert Rumpf. Höhere Temperaturen führten zu einem Abschmelzen von Gletschern und dem Auftauen von Permafrost, was mehr Erdbeben, Steinschläge und Gerölllawinen auslösen könnte. dpa



Grün statt grau: der Piz Bernina (Schweiz).

SABINERUMPF/AAAS/DPA